



Berlin, 7. Juli 2005

Anschläge in London: GdP fordert Ausweitung der Terrorismusbekämpfung

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in Deutschland zu verschärfen. „Die Terroranschläge in London sind ein erneuter Beweis, dass die europäischen Hauptstädte nach wie vor durch den internationalen Terrorismus auf das höchste gefährdet sind. Wer jetzt noch die Sicherheitsmaßnahmen und das Konzept der Polizei zur Terrorismusbekämpfung in Deutschland in Frage stellt, gefährdet die Menschen in unserem Land,“ kommentiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg die Serie von Anschlägen am Donnerstagmorgen auf Verkehrseinrichtungen in der britischen Hauptstadt. In Deutschland, so die GdP, laufen zur Zeit 160 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Terroristen. Bereits geplante Anschläge konnten durch die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden bisher im Inland verhindert werden.

Freiberg: „Die Handschrift deutet auf islamische Terroristen, die bei ihren Aktionen nicht davor zurückschrecken, möglichst viele Menschen umzubringen, um dadurch ein Höchstmaß an Angst zu verbreiten.“

Auch in Deutschland gehören Verkehrseinrichtungen zu den gefährlichsten Orten. Nach London müssen die Sicherheitskonzepte für öffentliche Verkehrsmittel überprüft werden.“

Viele in unserem Land, so der GdP-Vorsitzende, hätten den Grad der Bedrohung noch nicht begriffen. Anders sei es nicht zu verstehen, dass in jüngster Vergangenheit der Polizei wichtige Ermittlungsinstrumente, wie etwa der Große Lauschangriff, aus der Hand geschlagen wurden. Freiberg: „Alles, was zur Verhinderung derartiger Anschläge tauglich ist, muss genutzt werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190